



Medienkritik ist kein Selbstzweck, sondern ein Akt der Selbstverteidigung. Über die Funktionsweise von Massenmedien im Kapitalismus.  
 Von Jan Kadel

**Befristete Zukunft**

Luftsicherheitsfirmen qualifizieren  
**5** Arbeitskräfte selbst. Nach zwei Jahren kommt oft die Kündigung

**Ohne Zukunft**

UN-Bericht in Genf vorgestellt: Israel  
**7** greift Fortpflanzungsfähigkeit der Palästinenser in Gaza an

**Erinnerte Vergangenheit**

Den Nazis entkommen, engagiert in  
**10** der Friedensbewegung. Zum Tod von Peggy Parnass

**Verdrehte Vergangenheit**

Die »Bundesstiftung zur Aufarbeitung  
**11** der SED-Diktatur« mit neuer Onlinedatenbank unterwegs



# Werben fürs Sterben

Fastkanzler Merz, SPD und Bündnis 90/Die Grünen verlangen im Bundestag Hunderte Milliarden Euro für Waffen. Linke will bei Reform der Schuldenbremse helfen.

Von Arnold Schölzel

Friedrich Merz verlangt eine »nationale Kraftanstrengung«. Da will kaum einer zurückstehen

CDU/CSU-Kanzlerkandidat Friedrich Merz gab sich am Donnerstag bei der Sondersitzung des am 23. Februar abgewählten Bundestag äußerlich gelassen, aber im Inhalt aggressiv: Er forderte eine »große nationale Kraftanstrengung«, die angesichts der Weltlage »keinen Aufschub« dulde. Das sah SPD-Partei- und Fraktionschef Lars Klingbeil nicht anders, fügte aber den deutsch-nationalen Parolen mit »Befreiungsschlag« und »Fesseln lösen« etwas jungsozialdemokratische Begeisterung hinzu. Die für die Zweidrittelmehrheit nötige Fraktion Bündnis 90/Die Grünen verlangte zwar weitere Änderungen der Finanzpläne, signalisierte aber Zustimmung aus »Verantwortung«. FDP, AfD und BSW warfen Merz wegen der angepeilten Verschuldung gratsdemokratisch Wählertäuschung vor. Den dürfte mehr beschäftigen, ob die für kommenden Dienstag geplante Verabschiedung

der Grundgesetzänderungen durch das Parlament in alter Zusammensetzung vom Bundesverfassungsgericht noch gestoppt wird. Die Bundestagsitzung begann mit einer Geschäftsordnungsdebatte zum Antrag der AfD, die Gesetzespläne von der Tagesordnung zu nehmen. Die Mehrheit lehnte das gegen die Stimmen von AfD und BSW ab. Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Die Linke kritisierten die Vorhaben von CDU/CSU und SPD, erstere aber nur, um umzufallen: Parlamentsgeschäftsführerin Irene Mihalic (Bündnis 90/Die Grünen) wies zum Beispiel das Argument zurück, es gebe eine besondere Eilbedürftigkeit. Ihre Partei habe lange vor der Wahl auf den Handlungsbedarf hingewiesen und sei von der Union wegen mangelnder Ausgaben disziplin belehrt worden. Dennoch sei ihre Fraktion bereit, »schwierige Entscheidungen zu treffen«.

Der Linke-Politiker Christian Gör-

ke kritisierte eine seiner Ansicht nach »wahnsinnige Flatrate für das größte Aufrüstungsprogramm«, das die Bundesrepublik je erlebt habe, erklärte aber anschließend, dass es »eine demokratische Mehrheit für eine Reform der Schuldenbremse« gebe: »Wir als Linke sind da gesprächsbereit. Sie müssen nur Ihre ideologischen Scheuklappen einfach mal ablegen.« Auf das Angebot müssen die künftigen Koalitionäre eventuell noch zurückkommen.

Die Redner von CDU, CSU und SPD gingen auf Die Linke allerdings nicht ein, sondern bemühten sich ausschließlich um Bündnis 90/Die Grünen. Ihnen bot Merz an, Geld aus dem geplanten 500 Milliarden Euro großen Sondervermögen Infrastruktur auch in Klimaschutz zu investieren und die Schuldenbremse nicht nur für Aufrüstung zu lockern, sondern auch für Zivil- und Bevölkerungsschutz sowie die Nachrichtendienste.

Heidi Reichinnek (Die Linke) forderte daraufhin Bündnis 90/Die Grünen auf, die Pläne von Union und SPD abzulehnen, hielt aber fest: »Als Tiger gesprungen und als Bettvorleger gelandet. Schade eigentlich, ich hatte kurz Hoffnung auf Ihr Rückgrat.« Auch sie bot die Unterstützung ihrer Partei an und erklärte, eine spätere, grundlegende Reform der Schuldenbremse werde unrealistisch, wenn Bündnis 90/Die Grünen jetzt einer Lockerung für Verteidigungsausgaben zustimmen: »Dann muss ich Sie enttäuschen: Das wird nicht passieren. Ohne Ihren Druck und ohne unseren Druck wird die Union eine solche Reform nicht unterstützen.« Reichinnek plädierte für eine Abstimmung im neuen Bundestag, in dem auch die Stimmen der Linken für eine Zweidrittelmehrheit benötigt werden. Die Lösung der Aufrüstungs»fesseln« geht in die nächste Runde.

**Kiew wegen Massakers in Odessa verurteilt**

Brüssel. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat die ukrainischen Behörden wegen des Massakers im Gewerkschaftshaus in Odessa 2014 verurteilt. Das Urteil hat der EGMR am Donnerstag veröffentlicht. Darin heißt es, Feuerwehr, Polizei und andere Stellen hätten gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstoßen, weil sie die Gewalt nicht verhindert, gestoppt oder alles getan hätten, um die Menschen in dem brennenden Gebäude zu retten. Die Attacke fand im Kontext des »Euromaidan« 2014 und nach dem Putsch gegen den damaligen Präsidenten Wiktor Janukowitsch statt. Insgesamt wurden 48 Menschen getötet. Nach dem von westlicher Seite maßgeblich vorangetriebenen Umsturz in Kiew begann der Ukraine-Krieg mit einer Offensive der ukrainischen Armee auf den russischsprachigen Donbass und der dortigen Ausrufung von »Volksrepubliken«.

**Bahn braucht bis zu 150 Milliarden Euro**



Berlin. Für den umfassenden Erhalt und Ausbau des Schienennetzes benötigt die Deutsche Bahn bis zu 150 Milliarden Euro, geht aus internen Unterlagen für den Aufsichtsrat des Konzerns hervor. Allein für die Modernisierung des Bestandsnetzes, die Sanierung wichtiger Korridore, die Grundlagen für die Digitalisierung sowie für kleine und mittlere Maßnahmen beläuft sich der minimale Finanzbedarf bis 2034 auf rund 80 Milliarden Euro. Es gebe »insbesondere ab 2028 große Lücken« bei der Finanzierung der Sanierung der Infrastruktur, heißt es in dem Papier. Damit nicht genug: Fast doppelt soviel Geld ist demnach notwendig, wenn auch der Aus- und Neubau des Netzes sowie die beschleunigte und erweiterte Digitalisierung berücksichtigt würden. Marode Infrastruktur ist der Hauptgrund für die hohe Verspätungsquote der Züge des bundeseigenen Konzerns.

# Putin spricht sich für Waffenruhe aus

Bedingungen der Feuerpause seien zu klären. Ziel müsse ein dauerhafter Frieden sein.

Die russische Staatsführung ist einverstanden mit den Vorschlägen, die Kampfhandlungen in der Ukraine vorerst einzustellen. Dies teilte der russische Präsident Wladimir Putin am Donnerstag bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit. Dabei müsse es allerdings um einen dauerhaften Frieden gehen. Zu dem US-Vorschlag einer 30-tägigen Waffenruhe sagte Putin, die Frage der ukrainischen Truppen im Gebiet Kursk müsse dafür geklärt werden. Auch Russland sei daran interessiert, den Konflikt mit friedlichen Mitteln zu beenden. Es

blieben aber Fragen zur Kontrolle über die Waffenruhe offen.

Wenige Stunden zuvor war der US-Sondergesandte Steve Witkoff in Moskau eingetroffen. Bei der diplomatischen Mission dürfte es einerseits um Überlegungen für einen Neustart der russisch-US-amerikanischen Beziehungen gehen und andererseits konkret um den ukrainisch-US-amerikanischen Vorschlag einer möglichst rasch in Kraft tretenden Waffenruhe. Juri Uschakow, außenpolitischer Berater von Putin hatte sich eher skeptisch geäußert: Russland sei nicht an einer Atempause

für die Ukraine interessiert, sondern an einer dauerhaften Lösung, die die politischen Gründe des Konflikts beseitige. Offiziell fordert Russland territoriale Zugeständnisse von der Ukraine, den Verzicht auf eine NATO-Mitgliedschaft und auf Stationierung ausländischer Truppen im Lande, außerdem eine »Entnazifizierung« der Kiewer Staatsmacht.

Am Donnerstag meldete sich der russische Oligarch Oleg Deripaska zu Wort und skizzierte Friedensbedingungen aus Sicht des russischen Kapitals. Sie unterscheiden sich deutlich von denen

Putins: Deripaska nannte ein Ende der Verfolgung der russischen Sprache und der russisch-orthodoxen Kirche in der Ukraine, die Rückgabe der Hälfte des im Westen eingefrorenen russischen Geldes und die rasche Aufhebung wenigstens der Hälfte der Sanktionen. Es ist das erste Mal seit langem, dass ein russischer Kapitalist eine von der Agenda des Kreml deutlich abweichende – und vor allem gegen militärische Aspekte gleichgültige – Alternative zum offiziellen Kurs öffentlich verkündet.

Reinhard Lauterbach

■ Siehe Kommentar Seite 8

**jW** wird herausgegeben von 3.005 Genossinnen und Genossen (Stand 13.12.2024)  
 www.jungewelt.de/lpg

